Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9565**
14. Wahlperiode 26. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Seehofer, Karl-Josef Laumann, Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/8268 –

Krise in der Sozialversicherung beseitigen – endlich die notwendigen Reformen auf den Weg bringen

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Heinrich L. Kolb, Dirk Niebel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/9245 –

Für eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme

A. Problem

Zu Drucksache 14/8268

Nach Ansicht der Antragsteller hat sich die deutsche Sozialversicherung vom Aushängeschild eines fortschrittlichen Sozialstaates zum Problemfall entwickelt. Die finanziellen Probleme aller Sozialversicherungszweige hätten sich durch die Politik der Bundesregierung verstärkt. Bei der Kranken- und Pflegeversicherung sowie bei der Arbeitslosenversicherung bestünden eklatante qualitative und strukturelle Mängel. Gleichzeitig stünden aber die zentralen Herausforderungen, namentlich die Entwicklung der Altersstruktur und der intensive Fortschritt in der Medizin und Pflege, für das Sozialsystem noch bevor.

Zu Drucksache 14/9245

Die großen gesetzlich geregelten Sicherungssysteme der Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sind nach Meinung der antragstellenden Fraktion in ihrer derzeitigen Form nicht zukunftsfähig. Auf Grund von Umbrüchen auf dem Arbeitsmarkt und der demographischen Entwicklung müsse es zu einer Anpassung der Systeme an die veränderten Gegebenheiten kommen. Die Weiterentwicklung müsse sich an dem Grundsatz „Versicherungspflicht statt Pflichtversicherung“ orientieren. Jeder Bürger müsse frei und individuell entscheiden, wie und wo er dieser Versicherungspflicht für die großen Risiken nachkommt.

B. Lösung

Zu Drucksache 14/8268

Aufforderung an die Bundesregierung,

1. sofort umfassende Reformen zur finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme durchzuführen, die gewährleisten, dass der Gesamtsozialversicherungsbeitrag langfristig unter 40 % gehalten werden kann;
2. beschäftigungswirksame Reformen auf dem Arbeitsmarkt durchzuführen und insbesondere die Vereinheitlichung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Aktivierung des Niedriglohnsektors und die notwendigen Flexibilisierungen im Arbeitsrecht vorzunehmen;
3. steuerpolitische Maßnahmen durchzuführen, die eine wirksame Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zur Folge haben;
4. eine nachhaltige Rentenpolitik zu betreiben, die die demographische Entwicklung angemessen berücksichtigt und die Rentenbeiträge langfristig stabil hält.

Zu Drucksache 14/9245

Aufforderung an die Bundesregierung,

1. zur Wahrung der Generationengerechtigkeit dem Deutschen Bundestag regelmäßig eine Generationenbilanz vorzulegen,
2. zur Senkung der Arbeitslosenversicherung alle arbeitsmarktpolitischen Programme auf Umfang, Wirtschaftlichkeit und Effizienz zu überprüfen,
3. aus der Krankenversicherung versicherungsfremde Leistungen auszugliedern,
4. bei der Pflegeversicherung die Weichen für den Aufbau einer ergänzenden kapitalgedeckten Säule der privaten Eigenvorsorge für das Pflegerisiko zu stellen,
5. Stärkung der kapitalgedeckten Eigenvorsorge und Befreiung aller Vorsorgebeiträge schrittweise von der Besteuerung.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/8268 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/9245 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags oder der Anträge auf Drucksache 14/8268 und 14/9245.

D. Kosten

Der Ausschuss hat auf eine Kostenerörterung verzichtet.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 14/8268 – abzulehnen,
2. den Antrag – Drucksache 14/9245 – abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2002

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Doris Barnett	**Klaus Brandner**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Klaus Brandner

I. Beratungsverlauf

Die Drucksachen 14/8268 und 14/9245 sind in der 239. Sitzung am 6. Juni 2002 in erster Lesung beraten und dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung sowie die Drucksache 14/8268 dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Gesundheit, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Haushaltsausschuss und die Drucksache 14/9245 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in der 83. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/8268 sowie mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/9245 zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat auf der 109. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/8268 zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat in der 135. Sitzung am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/8268 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in der 147. Sitzung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/8268 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in der 94. Sitzung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/8268 zu empfehlen.

Der federführende **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 133. Sitzung am 12. Juni 2002 die Vorlagen beraten. Mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/8268 und, mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 14/9245.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Drucksache 14/8268

Aufforderung an die Bundesregierung,

1. sofort umfassende Reformen zur finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme durchzuführen, die gewährleisten, dass der Gesamtsozialversicherungsbeitrag langfristig unter 40 % gehalten werden kann;
2. beschäftigungswirksame Reformen auf dem Arbeitsmarkt durchzuführen und insbesondere die Vereinheitlichung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Aktivierung des Niedriglohnsektors und die notwendigen Flexibilisierungen im Arbeitsrecht vorzunehmen;
3. steuerpolitische Maßnahmen durchzuführen, die eine wirksame Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zur Folge haben;
4. eine nachhaltige Rentenpolitik zu betreiben, die die demographische Entwicklung angemessen berücksichtigt und die Rentenbeiträge langfristig stabil hält.

Zu Drucksache 14/9245

Aufforderung an die Bundesregierung,

1. zur Wahrung der Generationengerechtigkeit dem Deutschen Bundestag regelmäßig eine Generationenbilanz vorzulegen,
2. zur Senkung der Arbeitslosenversicherung alle arbeitsmarktpolitischen Programme auf Umfang, Wirtschaftlichkeit und Effizienz zu überprüfen,
3. aus der Krankenversicherung versicherungsfremde Leistungen auszugliedern,
4. bei der Pflegeversicherung die Weichen für den Aufbau einer ergänzenden kapitalgedeckten Säule der privaten Eigenvorsorge für das Pflegerisiko zu stellen,
5. Stärkung der kapitalgedeckten Eigenvorsorge und Befreiung aller Vorsorgebeiträge schrittweise von der Besteuerung.

III. Ausschussberatungen

Für die **Mitglieder der Fraktion der SPD** offenbarte der Sozialbericht 1997 das Scheitern der 16-jährigen Regentschaft von Helmut Kohl. In diesen Jahren habe es viele Gesetzesänderungen gegeben, die zu gravierenden Einschnitten für die Rentner geführt hätten. Besonders betroffen seien dabei die Frauen gewesen. Der Sozialbericht 1997 beschreibe eine Situation des Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der Sozialbericht 2001 zeige dagegen, dass es dieser Bundesregierung gelungen sei, Arbeitslosigkeit zu verringern und mehr Beschäftigung zu erreichen. Mit dem Job-AQTIV-Gesetz habe die Bundesregierung den Arbeitsmarkt modernisiert und die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung gelegt. Der Bericht 1997 müsse den stetigen Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge von 34 % auf 42 % konstatieren. Im Bericht 2001 könne dagegen erwähnt werden, dass dieser Trend nicht nur gestoppt, sondern umgeleitet

worden sei. Die Regierung werde in der nächsten Legislaturperiode diese erfolgreiche Politik der Begrenzung der Lohnnebenkosten fortsetzen. Die Forderung zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 %, wie in dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/8268 enthalten, stehe im Widerspruch zu der Ankündigung des CSU-Politikers Horst Seehofer, die Rentenversicherungsbeiträge würden – ganz in der Tradtion der Politik von Helmut Kohl – bei einem Regierungswechsel steigen. Horst Seehofer habe damit „die Katze aus dem Sack gelassen“ und die wahren Absichten der Union und ihres Kanzlerkandidaten – wenn vermutlich auch unbeabsichtigt – offenbart.

Die **Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU** erklärten, der Sozialbericht 2001 offenbare ein grundlegendes Scheitern der Regierungspolitik. Ein Anstieg der Rentenbeiträge sei nur durch eine Absenkung der Schwankungsreserve vermeidbar gewesen. Die schlechte Wirtschaftslage und die damit verbundenen Beitragsausfälle würden dazu führen, dass im neuen Jahr die Beiträge steigen müssten. Auch die Einnahmen aus der vierten Stufe der sog. Ökosteuer würden nicht ausreichen, dieses zu verhindern. Die mittelstandsfeindliche Politik der Regierung verhindere die Entstehung neuer Arbeitsplätze in dem für die Beschäftigungpolitik wichtigsten Wirtschaftsbereich. Die übergroße Zahl der Arbeitsplätze bestünde nicht bei den großen Konzernen, sondern im Bereich des Mittelstandes. Die Hofierung der Großkonzerne durch den augenblicklichen Bundeskanzler, gerade auch im Bereich der Steuerpolitik, führe zu erheblichen Steuerausfällen bei den Kommunen. Dies wirke sich unmittelbar auch auf die sozialpolitischen Möglichkeiten der Kommunen aus. In der Bundesrepublik Deutschland müsse sich in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik viel und vor allen Dingen Grundlegendes ändern. Dazu sei diese Bundesregierung nicht in der Lage, es bedürfe eines Regierungswechsels.

Die Sozialberichte belegen nach Meinung der **Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, dass es dieser Regierung gelungen sei, die Stabilisierung der Sozialversicherung voran zu bringen. Die Ankündigung der Fraktion der CDU/CSU, bei einer Regierungsübernahme den Spitzensteuersatz, die Staatsquote und den Gesamtsozialversicherungsbeitrag auf jeweils unter 40 % zu senken, werde nicht durch Aussagen, wie dieses Ziel erreicht werden soll, untermauert. Nur durch gravierende Einschnitte im Leistungskatalog der Sozialversicherungen und in der Sozialpolitik insgesamt sei diese Aussage umsetzbar.

Für die **Mitglieder der Fraktion der FDP** ist der Sozialbericht 2001 eine einzige Schönfärberei der Bundesregierung. Die Stabilisierung der Beitragssätze sei dieser Bundesregierung nur durch die Erhöhung des steuerfinanzierten Anteils möglich gewesen. Es sei schon jetzt vorhersehbar, dass der Rentenversicherungsbeitrag im nächsten Jahr mindestens um 0,2 Prozentpunkte steigen werde. Grund sei, dass die beschlossenen Reformen nicht weit genug gingen. Auch die Krankenversicherungsbeiträge seien unter der Regierung Gerhard Schröder deutlich gestiegen und es gebe ein Milliardenloch bei den Krankenkassen. Ministerin Ulla Schmidt habe auf der gesamten Linie versagt, außer vollmundigen Ankündigungen sei nichts geschehen.

Die **Mitglieder der Fraktion der PDS** erklärten, beide Berichte seien schillernde, schriftlich fixierte Märchenerzählungen. Sowohl die Regierung als auch die Fraktionen der CDU/CSU und FDP würden Schaukämpfe führen. In den Grundzügen sei die Sozialpolitik dieser Parteien sehr ähnlich. Sowohl die Regierung Helmut Kohl als auch die Regierung Gerhard Schröder stünden für Sozialabbau zu Lasten der Betroffenen, für Leistungseinschnitte in der Sozialversicherung und für Massenarbeitslosigkeit.

Berlin, den 25. Juni 2002

Klaus Brandner
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333